

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Ich habe im letzten Jahr vermutlich die längste Haushaltsrede aller Fraktionsvorsitzenden gehalten.

Mal schauen, ob es in diesem Jahr erneut für einen Spitzenplatz reicht.

Die sich einmal im Jahr bietende Situation muss man schließlich auch nutzen. Denn wann hat man schon die Gelegenheit einen Wortbeitrag bis zum Ende auszuformulieren, ohne das Wort vom Bürgermeister entzogen zu bekommen? Ironie aus!

Herr Bürgermeister,

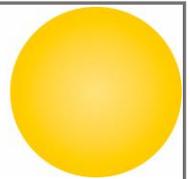
wenn Sie in der letzten Ratssitzung zugeben, dass Sie Informationen vor allen anderen Fraktionen zunächst an die CDU weitergeben und dies für selbstverständlich halten, kann man dies wohl kaum als „vertrauensbildende Maßnahme“ bezeichnen.

Herr Clemens: Sie sind von der CDU erst kürzlich wieder als Kandidat nominiert worden. Herzlichen Glückwunsch dafür von meiner Seite.

Doch auch wenn ich mir das wünsche, so kann ich mir aktuell nicht vorstellen, wie Sie das Vertrauen, welches sie in den letzten Jahren und Monaten unbestritten gegenüber der UWG, der SPD und den Grünen verspielt haben, zurückgewinnen wollen.

Und dieses Vertrauen wäre bitter nötig – gerade vor den Herausforderungen, denen wir uns gemeinsam stellen müssen - denn als Bürgermeister ohne eigene Mehrheit im Rücken sollten Sie sich der Wichtigkeit einer guten Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen bewusst sein.

Aber Sie können sich an dieser Stelle sicher sein, dass die Tür der UWG für eine Zusammenarbeit immer offensteht. Sie müssen nur hindurchgehen.



Nun jedoch zur CDU,

das Wort „Schwimmbad“ scheint man offenbar aus dem Wortschatz gestrichen zu haben.

Offenbar hat die CDU erkannt, dass ihre seit Jahren immer wiederkehrenden Versuche, den Beschluss zum Bau des Hallenbades rückgängig zu machen, nicht nur ins Leere gelaufen sind, sondern auch zu einem gewissen Unmut in Teilen der Bevölkerung geführt haben.

Nun nennt man das Schwimmbad also nicht mehr beim Namen, sondern bezeichnet es als „Lieblingsprojekt“ der anderen Parteien. Um am Ende aber doch das Gleiche zu meinen.

In einer erst kürzlich gelesenen Veröffentlichung der CDU steht (Zitat):

„Die Wendener Ampel gefährdet mit Ihren falschen Entscheidungen bei Investitionen und ihrer Ideenlosigkeit bei mittelfristigen Gewerbeansiedlungen unsere finanziellen Spielräume. Zugleich freut sie sich, gerade diese finanziellen Spielräume für ihre Lieblingsprojekte zu nutzen“.

Jeder und Jede weiß sofort, worauf sich die CDU hierbei bezieht.

Auf das besagte Schwimmbad und die ablehnende Haltung der anderen Parteien gegenüber dem damals geplanten Gewerbegebiet „Ruttenberg“ in Gerlingen.

Aber dass dieses Zitat aus dem Munde von Bernd Arns - stellvertretend für den an diesem Abend erkrankten Fraktionsvorsitzenden - stammt, verwundert mich doch sehr.

Das hätte ich dem Kollegen Arns gar nicht zugetraut.

Vielmehr erwartete ich solche Aussagen doch eher aus anderem Munde.

Da wäre zunächst die sogenannte „Wendener Ampel“.

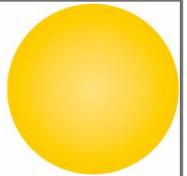
Auch wenn man es immer gerne wiederholt:

Es gab und gibt keine solche Konstellation in Wenden. Die Herleitung dieses Wortkonstrukts aus der mittlerweile bundespolitischen Historie heraus impliziert nämlich, dass es eine Koalition in der Gemeinde Wenden gibt.

Die gibt es allerdings schon deshalb nicht, weil es sich bei einem Gemeinderat nicht um ein gesetzgebendes Organ – sprich Parlament – handelt und wir auch keine Regierungsbildung durchzuführen haben.

Wer sich mal ernsthaft mit der Materie befassen möchte, der möge mal bitte im Internet nach „Koalition in der Kommune“ suchen. Ich kann Ihnen sagen: Da wird man nicht viel finden.

Und nach einem entsprechenden Koalitionsvertrag wird man hier in Wenden ebenso lange vergeblich suchen.



UWG, SPD und GRÜNE zusammen als „Wendener Ampel“ zu bezeichnen, ist somit eine falsche Tatsachenbehauptung gegen die wir uns auch in Zukunft zur Wehr setzen werden.

Wir Unabhängige verhalten uns auch unabhängig.

Das machen wir in der Zusammenarbeit mit SPD und den Grünen genauso, wie mit der CDU.

Und Sie müssen zugeben, dass vernünftige Anträge der CDU immer die Zustimmung der UWG gefunden haben.

Dennoch:

Ja ich weiß, die CDU holt in der Zukunft bei jeder sich bietenden Gelegenheit exakt diese beiden Punkte aus der Mottenkiste, um sie den anderen Parteien vorzuhalten.

Aber leider stellen die Vertreterinnen und Vertreter der CDU im Gegenzug immer wieder die Ohren auf Durchzug, wenn man den Spies umdreht und auf die Ursachen unserer jetzigen Situation zu sprechen kommt.

Lassen Sie uns dies doch mal genauer betrachten:

Wir sollten uns daran erinnern, dass die CDU über Jahrzehnte hinweg bis ins Jahr 2020 die absolute Mehrheit im Rat hatte.

Der Investitionsstau, den wir heute in Schulen, Feuerwehr und anderen Bereichen erleben, ist ein Erbe dieser Zeit, als die Infrastruktur unserer Gemeinde stark vernachlässigt wurde und der „schlanke Personalhaushalt“ im Rathaus noch als herausragendes Plus verkauft wurde. Wohin das geführt hat, sehen wir heute.

Es ist an der Zeit, die eigene Verantwortung für diese Missstände zu erkennen und nicht die anderen Fraktionen für die Folgen der eigenen Politik zu kritisieren. Wir müssen uns fragen: Wo waren die Anstrengungen der CDU, als sie die Möglichkeit hatte, die Weichen für eine zukunftsfähige Infrastruktur zu stellen?

Aber das möchte der Bürgermeister ja mit seiner CDU-Fraktion jetzt ändern.

Einen Zukunftsplan 2030 möchte er aufstellen.

Da werden Erinnerungen an einen 10-Punkte-Plan des Bürgermeisters wach.

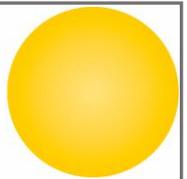
Genau! Einige von uns erinnern sich noch.

Da war doch mal was!

Ein 10-Punkte-Plan, aus dem was geworden ist?

Nicht viel, muss man feststellen!

Ich picke mir mal das Kulturzentrum heraus.



Der dringliche Wunsch des Bürgermeisters nach einem Kulturzentrum fand dazumal jedenfalls wenig Zuspruch bei den kulturtreibenden Vereinen.

Dies dennoch weiter voranzutreiben und mit viel Energie im sog. „LuK“ (Lern- und Kulturzentrum) zu planen, ist kaum als weit- oder umsichtig zu bezeichnen. Und das auch mit Blick auf die enormen Kosten!

Ein weiteres Beispiel für die finanzpolitische Kompetenz der CDU ist der Beschluss zum Bau neuer „naturnaher“ Spielplätze, der auf ihren Antrag hin gefasst wurde.

Die Kosten für die Umsetzung dieser Idee belaufen sich teilweise auf über eine Million Euro pro Spielplatz.

Hier stellt sich die Frage, wann die CDU selbst die Notbremse zieht, wenn man doch so verantwortlich mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umgehen möchte.

Wir machen das – sofern die Einsicht vom damaligen Antragsteller nicht selbst erfolgt – auf jeden Fall noch einmal zum Thema.

Aber nun noch zum Gewerbegebiet Ruttenberg:

Die CDU hätte damals, zusammen mit dem Bürgermeister, den Gerlingern ohne Weiteres die Belastung durch ein neues, großes Gewerbegebiet am Ruttenberg zugemutet. Dabei hätten sie auch Bedenken im Hinblick auf die ohnehin bereits bestehenden Belastungen durch den Durchgangsverkehr, die Autobahn und die vorhandenen Industriegebiete mit einem Federstreich vom Tisch gewischt.

Und das - wohlgermerkt: man höre! - schon damals in dem Wissen, dass die Bodenbörse zeitgleich dort auch eine Bodendeponie plante.

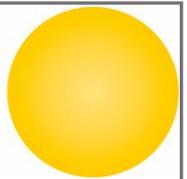
Das wäre sozusagen „on top“ einfach mal oben drauf gekommen – zumindest nach der Auffassung der CDU und des Bürgermeisters.

Meine Damen und Herren,

die UWG Wenden ist keineswegs gegen Gewerbeflächen, wie wir bei den Planungen in Otffingen und Hünsborn gezeigt haben. Wir sind aber der Meinung, dass wir die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger (insbesondere in Gerlingen!) nicht weiter erhöhen sollten. Es ist unsere Pflicht, die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde zu fördern – jedoch gleichzeitig auch, die Lebensqualität unserer Bürger zu schützen.

Zusammenfassend habe ich an dieser Stelle nicht die Erwartung, dass sich die CDU in ihrem Verhalten gegenüber den anderen Fraktionen bis zur Wahl noch ändert.

Aber ich lasse mich gerne auch hier positiv vom Gegenteil überzeugen.



Nun zum Haushalt der Gemeinde Wenden für das Jahr 2025.

Was soll ich da sagen? Ich könnte an dieser Stelle alles wiederholen, was ich bereits in den vergangenen Jahren gesagt habe.

Steigende Belastungen durch stetig steigende Kreisumlage, Einforderung des Konnexitätsprinzips und, und, und....

Doch wenn selbst die Einwendungen des Deutschen Städtetages sowie des Städte- und Gemeindebundes als Vertretung für die Kommunen in den Hallen des Bundes- und Landtages verhallen, wie könnte dann meine bescheidene Stimme als Fraktionsvorsitzender der UWG Wenden ins Gewicht fallen?

Daher erspare ich mir weitere Ausführungen und verweise auf meine Aussagen in den letztjährigen Haushaltsreden.

Denn da hat sich aber mal sowas von gar nichts geändert!

Doch wenn sich nichts ändert, sehe ich die kommunale Selbstverwaltung sowie eine ausgeglichene Haushaltsführung in naher Zukunft gefährdet. Und zwar egal, ob Schwimmbadneubau hin oder her.

Wenn hier irgendwann sprichwörtlich die Lichter ausgehen, liegt das nicht an irgendeinem Verantwortlichen hier in diesen Räumen.

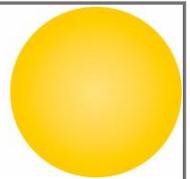
Es liegt ausschließlich an der Bundes- und Landespolitik, welche nicht für eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen sorgen.

Dabei beziehe ich mich zum Beispiel auf die Förderpraxis der beiden Gesetzgeber. Statt Fördermaßnahmen als Bürokratiemonster aufzulegen, sollten die Mittel direkt auf die Kommunen aufgeschlüsselt verteilt werden. Denn dort wissen die Verantwortlichen selbst am besten, wo der Schuh drückt. Da bedarf es keines Fotos mit Landtags- oder Bundestagsabgeordneten und symbolträchtiger Scheckübergabe.

In diesem Zusammenhang sei nur am Rande erwähnt, dass auch die Förderpraxis des Kreises noch einmal einer Überprüfung unterzogen werden sollte. Es leuchtet nicht ein, warum der Kreis - über die Kreisumlage von den Kommunen finanziert - entsprechende Maßnahmen fördert. Mal ganz zu schweigen von dem Personalbedarf, der durch die Bearbeitung entsprechender Anträge entsteht.

Aber dies ist sicherlich auf anderem Parkett - nämlich im Kreishaus - zu beraten.

Nichts desto trotz werden wir auch unsere Ansprechpartner im Kreistag mit der Sache konfrontieren.



Zum Haushalt der Gemeinde stelle ich nur folgendes fest:

Wenn wir die Zahlen der Haushaltsplanentwürfe der vorangegangenen Jahre mit den jeweiligen Jahresergebnissen vergleichen, sehen wir immer wieder einen deutlichen Unterschied zwischen dem Plan und dem Ist. Prognostizierte Millionendefizite entpuppen sich am Ende als Plus und ein ständiges Anwachsen der Ausgleichsrücklage. Die Gründe, die dazu führten, stellte der Kämmerer bereits dar.

Damit hier keine falschen Eindrücke entstehen:

Wir kritisieren auf keinen Fall die konservative Haushaltsplanung des Kämmerers – ganz im Gegenteil. Uns ist es lieber, wir sind am Ende des Tages positiv überrascht, als dass wir plötzlich und unerwartet aus allen Wolken fallen. Und der Kämmerer tut gut daran, uns ständig auch auf die allgemeinen Entwicklungen und Gefahren hinzuweisen, zumal sich die gesamtwirtschaftliche Lage eintrübt und die weltpolitischen Entwicklungen zu berechtigter Sorge Anlass geben.

Aber die Wahrheit liegt erfahrungsgemäß zwischen den Zahlen.

Insofern lassen sie uns alle zusammen zuversichtlich in das neue Jahr gehen. Nur wer mit einer positiven Sicht an die Dinge herangeht, hat am Ende auch die Kraft, sich den kommenden Herausforderungen zu stellen.

Meine Damen und Herren,
soweit meine Ausführungen.

Die vorliegenden Entwürfe der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes finden die Zustimmung unserer Fraktion.

Wir stellen keine Anträge.

Abschließend bedanken wir uns noch bei dem Kämmerer (Herrn Munschek) und seinen Mitarbeitenden. Die vorliegenden Entwürfe haben sie erneut in hervorragender Art und Weise zusammengetragen und dargestellt.

Und dass Sie unserer Fraktion im Rahmen der Klausurtagung Rede und Antwort standen sowie die wesentlichen Eckpunkte ihrer Planung darstellten, verdient ein extra großes Dankeschön.

Ich danke allen Anwesenden für ihre Aufmerksamkeit, wünsche Ihnen und ihren Familien eine frohe und besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2025.